

CDU und FDP: „Unterstützungsprogramme für Schüler/innen in Hagen nutzen.“

Die CDU-Fraktion und die FDP-Ratsgruppe fordern in Anträgen an den Jugendhilfeausschuss und den Schulausschuss schnellstmöglich Mittel aus den Programmen ‚Aufholen nach Corona‘ und ‚Extra-Zeit zum Lernen in NRW‘ zur Unterstützung der Hagener Schüler/innen abzurufen.

Detlef Reinke, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, erläutert die Dringlichkeit der Schaffung von Unterstützungsangeboten: „Die zahlreichen Schließungen von Kindertageseinrichtungen und Schulen im Rahmen der Corona-Pandemie haben zu erheblichen Belastungen für Eltern und Schüler/innen gleichermaßen geführt. Daraus resultiert ein Lern- und Erfahrungsrückstand für Kinder und Jugendliche, insbesondere in den Bereichen, in denen Eltern nicht in der Lage waren oder sind, diese Defizite auszugleichen. Gerade für die Stadt Hagen mit ihrer über Monate hinaus hohen Inzidenz und den zahlreichen Corona-bedingten Kita- und Schulschließungen ist ein erheblicher Bedarf für solche Förderprogramme unabweisbar“.

„Ich finde es mehr als bedauerlich, dass im letzten Jahr trotz mehrfacher Hinweise keine Mittel aus dem NRW-Landesprogramm ‚Extra-Zeit zum Lernen‘ genutzt wurden. Gerade die Kinder und Jugendlichen dürfen bei der Linderung der Coronafolgen nicht vernachlässigt werden, haben sie doch stark unter den Maßnahmen gelitten“, sekundiert Katja Graf, schulpolitische Sprecherin der FDP-Ratsgruppe. „Angesichts des hohen Bedarfs an Bildungs- und Förderangeboten für Kinder und Jugendliche sehen wir die kommunalen Träger in der Pflicht, die bereitgestellten Mitteln zu beantragen und entsprechende Angebote zu realisieren. Da diese nicht alle in der Lage sind, die entsprechenden Förderanträge zu bearbeiten, wird die Verwaltung darum gebeten, alle externen Beteiligten dabei zu unterstützen. Notfalls ist hierbei auch die Wirtschaftsförderung einzubinden“, so Graf weiter.

Mittlerweile beteiligt sich auch der Bund mit dem Programm ‚Aufholen nach Corona‘ an der Unterstützung von Schüler/innen und Jugendlichen zur Minderung der Folgen der Corona-Pandemie. Hier wird auch die frühkindliche Bildung explizit berücksichtigt.

Thomas Walter, Sprecher der CDU-Fraktion im Schulausschuss, glaubt „dass es nichts Erfüllenderes und Bedeutenderes gibt, als Kindern nach dieser Zeit der Einschränkung wieder eine positive Zukunftsperspektive zu zeichnen.“ Vielmehr noch böten die Programme sogar die einmalige Möglichkeit, die ausgetretenen Bildungswege zu verlassen und Kindern und Jugendlichen mit neuen Lern- und Informationsformaten interessante Einblicke in die Lebenswelt zu vermitteln. „Daher sehen wir auch die Notwendigkeit neben den kirchlichen und karitativen Trägern auch die Vereine, Unternehmen, SIHK sowie die Hochschulen und Kultureinrichtungen einzubinden“, stellt Walter abschließend fest.

(2838 Zeichen)